

Grundrechte gelten für alle: auch für Lesben und Schwule

Die alltäglichen Übergriffe, die Fälle von systematischer Unterdrückung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Polen haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Demonstrations- und Redefreiheit sind elementare Grundrechte der Demokratie. Wer u.a. Lesben und Schwulen die wichtigsten politischen Rechte verweigert, verlässt den europäischen Konsens.

Wir setzen uns intensiv für die deutsch-polnische Freundschaft ein. Gerade deshalb erfüllt uns die Einschränkung der Grundfreiheiten mit größter Sorge.

Wir fordern die Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages dazu auf, gegen die Einschränkung der Grundrechte zu protestieren und diese zu verurteilen. Die gleiche Forderung richten wir auch an die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes.

Bündnis 90/ Die Grünen des Landes Brandenburg solidarisieren sich mit den demokratischen Bürgerbewegungen, insbesondere auch mit den polnischen Grünen, die u.a. zu einer Demonstration für Toleranz und Gleichberechtigung in Poznan (Posen) am 19.11. aufgerufen haben. Jüngster Anlass unseres Protestes ist das Verbot dieser Demonstration.

Der ordnungsgemäß angemeldete und zuerst genehmigte "Gleichberechtigungsmarsch" wurde nach massivem Druck von Vertretern der regierenden konservativ-populistischen PiS (Recht und Gerechtigkeit) und der rechts-nationalistischen LPR (Liga der Polnischen Familien) verboten. Engagierte junge Leute demonstrierten dennoch, aus Anlass des Internationalen Tages der Toleranz, gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung. Die friedliche Kundgebung von 500 Frauen und Männern wurde gewaltsam aufgelöst. Mit Verhaftungen, Schlägen, Verhören und eklatanten Beschimpfungen setzte die örtliche Polizei das grundrechtswidrige Verbot durch.

Dieses Vorgehen ist empörend. Wir verurteilen es auf das Schärfste. Unter Beteiligung staatlicher Stellen droht derzeit in Polen eine systematische Entrechtung, insbesondere von Lesben und Schwulen. Nicht genug, dass ein Outing oft den Arbeitsplatz kostet. Rechtskonservative Gruppen wollen selbst verhindern, dass lesbisch-schwules Leben zu einem öffentlichen Thema wird.